

Stadt Arendsee (Altmark)



Niederschrift

zur 18. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstag: Dienstag den 23.04.2024
Sitzungsort: Rathaus, Sitzungszimmer, Arendsee
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 18:35 Uhr

Sitzungsnummer: **0452/2024**

Anwesende

Teilnehmer:

Herr Hartmut Baier

Herr Norman Klebe

Herr Martin Retzlaff

Herr Frank Rossau

Vertretung für Philipp Fölsch

Frau Christel Tiemann

Herr Uwe Walter

Gäste:

Herr Jens Reichardt

Ortsbürgermeister:

Herr Uwe Lahmann

Herr Frank Schumann

Verwaltung:

Frau Sigrid Lüdecke

Presse und Zuhörer:

Altmark-Zeitung, Herr Reichardt

nur öffentlicher Teil

Entschuldigt

Nicht anwesend:

Herr Philipp Fölsch

vertreten durch Frank Rossau

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von zusätzlichen Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung
3. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 20.02.2024
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadt Arendsee (Altmark)
6. Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020
7. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und der Amtsleiterin
8. Anfragen und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Klebe, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Von sechs Mitgliedern des Ausschusses sind zu Beginn der Sitzung 6 Mitglieder anwesend. Herr Rossau vertritt Herrn Fölsch. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung über die Behandlung von zusätzlichen Tagesordnungspunkten in nicht öffentlicher Sitzung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 20.02.2024

Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 20.02.2024 wird mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen durch Einwohner.

**TOP 5 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadt Arendsee (Altmark)
Vorlage: StAr/658/2024**

Frau Lüdecke benennt kurz die wichtigsten Zahlen aus der Beschlussvorlage. Das Jahr 2020 schließt mit einem positiven Ergebnis ab.

Herr Retzlaff fragt, warum es bei einem so guten Ergebnis keine Haushaltsgenehmigung gab.

Frau Lüdecke erklärt, dass der Haushalt 2020 zum einen nicht genehmigt wurde, weil wir keine Eröffnungsbilanz vorlegen konnten. Zum anderen beinhaltete der Haushaltsplan einen Fehlbetrag. Das Ergebnis war u.a. besser als geplant, da uns die Corona-Auswirkungen nicht so sehr getroffen haben wie angenommen und weil aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung weniger ausgegeben wurde.

Herr Klebe verliest die Beschlussvorlage und lässt über diese abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0

**TOP 6 Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: StAr/657/2024**

Herr Klebe gibt die Leitung an Herrn Walter ab, da er vom Mitwirkungsverbot betroffen ist.

Herr Walter verliest die Beschlussvorlage und lässt über diese abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Abstimmung: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltungen: 0 Befangen: 1

TOP 7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und der Amtsleiterin

Herr Klebe teilt mit, dass der Landtag am 24.04.2024 den § 102 des KVG ändern wird. Hier soll ein neuer Absatz (3) hinzugefügt werden in dem es heißt, dass ab dem Jahr 2025 nur noch Haushalte genehmigt werden dürfen, wenn der Jahresabschluss des Vorjahres prüfbereit dem RPA vorliegt. Ein Änderungsantrag der FDP und der Linken, dieses Vorhaben um 2 weitere Jahre zu verschieben, wurde abgelehnt. Der Landesrechnungshof ist für die Gesetzesänderung, da ohne Jahresabschlüsse der Kommunen nicht klar ist, wie sie finanziell ausgestattet sind.

Herr Klebe sagt, dass die Kämmerei den Jahresabschluss 2021 beim RPA eingereicht hat. 2022 ist in Bearbeitung. Der Erleichterungserlass (Verzicht auf Rechenschaftsbericht) zu den Jahresabschlüssen soll auch über das Jahr 2022 hinaus gelten. Die Schwierigkeit beim JAB 2022 liegt bei der Bewertung der 1.300 Separationsflurstücke sowie der damit verbundenen Übernahme in die Anlagenbuchhaltung. Dies ist sehr zeitaufwändig. Somit wird es auch bei uns sehr schwierig zum Haushaltsplan 2025 den JAB 2023 vorzulegen.

Frau Lüdecke informiert, dass die Verwaltung neben der Erarbeitung der Jahresabschlüsse mit der Haushaltsplanung 2025 beginnen wird. Durch die Grundsteuerreform und den vielen offenen Steuerfällen wird es jedoch schwierig eine Prognose für die Hebesätze abzugeben. Bei der Grundsteuer A findet ein totaler Systemwechsel nach bundesdeutschem Recht statt. Klar ist, dass es für die Gemeinde ein aufkommensneutrales Steuervolumen geben soll (keine Mehreinnahmen durch Reform). Somit planen wir mit den Ansätzen wie bisher.

Frau Tiemann und Herr Rossau äußern ihre Bedenken, dass das Finanzamt die Bearbeitung der noch offenen Fälle nicht pünktlich schaffen wird. Zu viele Eigentümer haben ihre Erklärungen noch nicht abgegeben. Somit fehlt Geld in der Stadtkasse.

Frau Lüdecke sagt, dass es sicher Nachveranlagungen geben wird (4 Jahre rückwirkend möglich). Die finanziellen Verschiebungen in den Haushaltsjahren sind kein Problem, solange der geplante Ansatz insgesamt stimmt.

Herr Reichardt merkt an, dass mittlerweile eine Vielzahl von Klagen gegen das Bundesmodell zur Grundsteuerberechnung ab 2025 vorliegen.

TOP 8 Anfragen und Anregungen

Herr Reichardt teilt mit, dass der Altmarkkreis Salzwedel beschlossen hat, mit weiteren Landkreisen des Landes Sachsen-Anhalt, Sammelklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Land Sachsen-Anhalt wegen unzureichender Finanzausstattung zu erheben.

Die öffentliche Sitzung wird 18.34 Uhr geschlossen.

gez. Klebe
Ausschussvorsitzender

gez. Scheel
Protokollantin

Arendsee, 02.05.2024